

PRESSEMITTEILUNG #46 – 12.03.2025

Kianusch Stender

Northvolt-Insolvenz: Fällt nun der letzte Vorhang?

Die Meldung, dass Northvolt in Schweden einen Insolvenzantrag gestellt hat, kommentiert der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kianusch Stender, folgendermaßen:

„Die Entscheidung, dass Northvolt in Schweden Insolvenz beantragt hat, ist ein schwerer Schlag für den Standort Heide und die gesamte Region. Seit mehr als drei Jahren arbeiten vor Ort zahlreiche Menschen mit großer Tatkraft daran, die industrielle Ansiedlung umzusetzen und die Region als Zentrum der Energiewende zu etablieren. Ihre Anstrengungen und ihr Engagement dürfen nicht umsonst gewesen sein.

Nun droht die bedeutendste industrielle Ansiedlung Schleswig-Holsteins seit Jahrzehnten zu scheitern. Umso unbegreiflicher ist es, dass Ministerpräsident Günther bisher nicht in Erscheinung tritt. Schleswig-Holstein braucht in dieser Krise politische Führung und Klarheit. Die Frage steht im Raum: Wo ist Daniel Günther?

Günthers Schweigen wiegt besonders schwer, weil er noch Anfang Dezember die Hoffnung geäußert hatte, dass Teile der 300 Millionen Euro Wandelanleihe nach einer erfolgreichen Umstrukturierung von Northvolt in den Landeshaushalt zurückfließen könnten. Mit der Insolvenz von Northvolt scheint diese Hoffnung nun endgültig zerschlagen.

Mit Blick auf die 300 Millionen Euro war es womöglich ein Versäumnis, dass das Land Schleswig-Holstein die Ansiedlung nicht selbst intensiv geprüft hat. Stattdessen verließ man sich vollständig auf die Prüfung des grünen Bundeswirtschaftsministeriums. Diese Passivität rächt sich jetzt.

Insgesamt scheint für Northvolt der letzte Vorhang gefallen zu sein. Doch für eine Batteriezellfabrik in Heide darf das nicht das Ende bedeuten. Die Landesregierung muss jetzt sicherstellen, dass alle relevanten Fakten schnellstmöglich offengelegt werden und konkrete Lösungen auf den Tisch kommen. Schleswig-Holstein braucht Industrieansiedlungen wie diese, um das Versprechen eines klimaneutralen Industrielands einzulösen. Ein vages „offen für Gespräche“ – so wie es heute im Ausschuss vorgetragen wurde – reicht nicht aus. Die Menschen vor Ort verdienen Verbindlichkeit und Perspektiven.“